

Der Zimmerer.

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (C. H. Nr. 2 in Hamburg).

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementspreis pro Quartal (ohne Postgeld) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlicher Redakteur: **H. Cede**, Verleger: **A. Bringmann**,
Beide in Hamburg.
Redaktion, Verlag u. Expedition: **Hamburg-Barmbeck, Fehlfelderstr. 28, I.**

Anzeigen:
Für die dreispaltigen Zeitzeile oder deren Raum 80 A,
für Versammlungsanzeigen 10 A pro Zeile.

Lohnbewegung.

Gestreckt wird in **Riel**.

Ausgesperrt sind die Zimmerer in **Goldberg in Mecklenburg** und in **Salberstadt**.

Platzsperrern sind verhängt in **Blankenese** über das Geschäft von **Pein**, in **Göppingen** über das Geschäft von **Hieber**, in **Hamburg** über das Geschäft von **H. T. Mahr**, in **Feterow** über das Geschäft von **David & Wolin**, in **Jüterbog** über das Geschäft von **Gaase** und in **Laage in Mecklenburg** über das Geschäft von **Korf**.

Die Arbeitslosenfrage.

I.

In keiner Periode menschlicher Geschichte war das Problem der Arbeitslosigkeit zu einer derart brennenden Tagesfrage geworden, als in der Gegenwart. Soweit es in den vorübergegangenen Zeitaltern eine Arbeitslosigkeit gab, war sie zeitweiliger Natur, und konnte infolge der ganz anders gearteten Struktur der damaligen Gesellschaftsverfassungen nie in eine eigentliche „soziale Frage“ im Sinne der gegenwärtigen Produktionsweisen ausarten.

In einer Zeit, wo die Gütererzeugung zunächst für den Eigenbedarf bestimmt war und jede Komplexität im Produktionsprozesse mangelte, waren naturgemäß störende Zwischenfälle ausgeschlossen. Die Voraussetzung für krisenhafte Erscheinungen war der Waarenverkauf bei gleichzeitiger Theilung der Berufsarten und das Umsichgreifen der Gewerbefreiheit.

Da also unter den primitiven Verhältnissen, wie sie die Alterthumsperiode kannte, nur selten Jemand in unverschuldete Arbeitslosigkeit kommen konnte, hatten auch die ältesten Gesetze von **Hellas** (aus dem 7. und 6. Jahrh. v. Chr.) die Arbeitslosigkeit als schweres Verbrechen qualifiziert, das mit harten Strafen zu ahnden war. In gleicher Weise machte auch die Gesetzgebung des Mittelalters mit Jenen, die zeitweilig von ihrer Beschäftigungsart losgelöst waren, nicht viel Federlesens, und erkannte in der Regel auf schwere Strafen, die auf die Landstreicherei gesetzt waren.

Grundverschieden von solchen Verhältnissen waren die Zustände, die die neuzeitliche Periode brachte. Zuerst meldete sich in **England**, wo sich der moderne Industrialismus zuerst Bahn brach, ein böses Omen. Hier hatte nämlich die rasche Entwicklung der Tuchproduktion seit dem 15. Jahrhundert zum Steigen der Wollpreise geführt, so daß es für die Grundherren rentabler wurde, lediglich Schafe zu züchten und auf den übrigen Landbau zu verzichten.

Die Folgen, die sich aus dieser vorläufigen Produktionsentwicklung ergaben, bestanden in der Vernichtung zahlloser landwirtschaftlicher Existenzen, so daß in der Periode von 1509—1547 ja. 50 000 hörige Bauern von der väterlichen Scholle vertrieben und in freie Proletarier verwandelt wurden. Sie zogen theils in die Städte, um sich in den Gewerben als Arbeiter zu verdingen, theils fanden sie auch hier kein Unterkommen und wurden so zu Bettlern oder Dieben. Letztere wurden ohne Weiteres gehängt — 72 000 unter diesem Regiment —, das Schicksal der Anderen war indessen kaum viel besser, denn gegen sie wurde eine furchtbare Blutgesetzgebung inaugurirt.*)

Die Maßnahmen gegen die solcher Art entstandene Arbeitslosigkeit hat **Mazz** am besten gekennzeichnet, wenn er von den damaligen englischen Proletariern sagt: „Sie wurden zunächst geächtigt für die ihnen angethane Verwandlung in Bagabunden und Paupers. Die Gesetzgebung behandelte sie als „freiwillige“ Verbrecher und unterstellte, daß es von ihrem guten Willen abhängt, in den nicht mehr existirenden

alten Verhältnissen fortzuarbeiten... Alte, arbeitsunfähige Bettler erhalten eine Bettellizenz. Dagegen Einsperrung und Auspeitschung für handfeste Bagabunden. Sie sollen an einen Karren hinten angebunden und gepeitscht werden, bis das Blut von ihrem Körper strömt, dann einen Eid schwören, zu ihrem Geburtsplatz oder dorthin, wo sie die letzten 3 Jahre gewohnt, zurückzukehren und „sich an die Arbeit zu setzen“... Bei der zweiten ertappt auf Bagabundage soll die Auspeitschung wiederholt, und das halbe Ohr abgeschnitten, beim dritten Rückfall aber der Betroffene als schwerer Verbrecher und Feind des Gemeinwesens hingerichtet werden.“

In gleicher Weise ging man noch im Jahre 1777 in **Frankreich** mit den Arbeitslosen vor. Jeder arbeitsfähige Mann, der sich nicht ernähren konnte, und durch sechs Monate keine Arbeit hatte, wurde mit Galeerenstrafe bedroht. Desgleichen galt in **Polen** die Verordnung: „Bettler, Männer sowohl wie Weiber, müssen über ihre Verkrüppelung oder Unfähigkeit zur Arbeit ein ärztliches Zeugniß heibringen; wer aber kein solches hat, und zur Arbeit tauglich ist, den soll die Polizei aufgreifen, das bei ihm gefundene Geld abnehmen, ihn vier Wochen gefangen setzen und zu öffentlichen Arbeiten verwenden und ihm alle Freitage 50 Ruthenstöße aufzählen lassen.“

Das Vordringen der individualistischen Richtung in der Nationalökonomie, die gegen Ende des vorigen Jahrhunderts stattfand, suchte nun durch ein anderes Mittel alle Arbeitslosigkeit für immer aus der Welt zu bannen. Sie sah in den Schranken, durch die die alten Zunftverfassungen die Wege zu den einzelnen Gewerben verammelt hatten, das Hinderniß zur freien Entfaltung der Kräfte, und dekretirte die ungehinderte Bewegung aller volkswirtschaftlichen Elemente. Zum ersten Male wurde dieser Grundsatz gesetzlich in den von **Turgot** verfaßten Edikten vom 12. März 1776 anerkannt, wonach in **Frankreich** die Gewerbefreiheit proklamirt wurde. Allein auch damit war dem Uebel nicht gesteuert. Vielmehr führte das dadurch begünstigte Vordringen des modernen Kapitalismus zu mannigfachen Verkettungen von Ursachen und Wirkungen, die durch die Expansionskraft der wachsenden Produktivität eine gleichmäßige Entwicklung von Angebot und Nachfrage hemmten.

Das Uebel der Arbeitslosigkeit nahm daher zeitweilig nie geahnte Dimensionen an und gestaltete sich zu einem immer schwierigeren und komplizirteren Problem. „Die Ursache hiervon“ — sagt **Prof. Adler** — „liegt in den ungünstigen Konjunkturen und den durch sie herbeigeführten Krisen. Dieselben bestehen in der Unmöglichkeit, entweder die produzierten Waarenmassen auch nur annähernd zu den bisherigen Preisen abzusetzen, oder das Gewerbe überhaupt im alten Umfange produktiv fortzusetzen. Die Verkäufer, Fabrikanten und Kaufleute erleiden schwere Verluste, machen vielleicht bankrott — jedenfalls muß die Produktion eingeschränkt werden, und Tausende von Arbeitern kommen schuldblos außer Stellung. Solche Krisen sind als typische Erscheinung erst in der modernen Zeit möglich geworden, wo die Produktion für den Weltmarkt oder für unbekanntere Käufer vorherrscht, statt — wie früher — für die Lokalität und ihr genau bekanntes und feststehendes Bedürfniß.“

Von den Krisen unterscheiden wir zunächst solche von akuter und chronischer Natur. In letztgenannter Hinsicht wirkt die fortwährende Verdrängung des Handwerkes durch die wachsende Großproduktion derart, daß die kleineren Betriebe unproduktiv werden, ihre Selbstständigkeit einbüßen und so unablässig Existenzen in das Proletariat hinabschleudern, gleich wie durch das Erstarken der fremdländischen Industrie der Export eingeengt wird und so zu Betriebseinschränkungen in dem einen oder dem anderen Lande führt. Schließlich geht

aber die Produktion in den Großbetrieben weit über die Nachfrage hinaus, die Märkte werden überfüllt, so daß die Waarenmasse zu groß geworden und eine ganz natürliche Verflaumung in allen Geschäftszweigen erzeugt.

Zu solchen Zeiten wächst dann die allgemeine Unsicherheit, das Mißtrauen führt zur Untergrabung des industriellen Kredits, und die Folgen sind dann natürlich: „Ein rasches Sinken aller Waarenpreise, die noch vor Kurzem so lohnend waren; eine bis zur Entwerthung gehende Werthverringering des produktiven Vermögens; eine fast allgemeine Unmöglichkeit eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen; zahlreiche Bankerotte oder Zahlungseinstellungen; zeit- oder theilweise Beschränkung oder Einstellung der Produktion; Brotlosigkeit von Tausenden von Arbeitern. Das sind die in rascher Folge sich äuffernden Symptome von Erscheinungen, die das Kapital bezimiren und dem Arbeiter noch seine Lumpen rauben. Wenn dann am Ende solcher Vernichtungszustände die Nationalökonomie ihre Totbten zählt, so rechnet sie den Ruin der Kapitalisten nach Millionen Werthen und den der Arbeiter nach tausend und abertausend Familien, die sich niemals wieder in ihren Kellern und unter ihren Dächern aus ihrem Elend aufzuraffen vermögen.“ (**Robbertus**.)

In gleicher Weise hat auch **Engels** die akute Krisis gekennzeichnet, wenn er in dem „nicht Schritt haltender Ausdehnung der Märkte mit der Ausdehnung der Produktion“ die Gründe sieht, die bewirken, daß „so ziemlich alle zehn Jahre einmal die kapitalistische Welt aus den Fugen geht“. Die allgemeine Stagnation hält an, bis die Waarenvorräthe am Weltmarkt abgeflossen sind, wo dann neuerdings der industrielle Wettlauf beginnt, in Galopp übergeht, um schließlich wieder „im Graben des Krachs“ anzulangen.

„Seit 1825 — schrieb **Engels** im Jahre 1873 — hat die kapitalistische Welt diese Erscheinung zum fünften Male vor sich.“ Im Jahre 1830, also fünf Jahre nach der von **Engels** bezeichneten Periode, wo die erste akute Krisis einsetzte — waren es in **Paris** Arbeitslose, die den Straßenkampf begannen. In gleicher Weise hatte die Entwicklung der Technik in der Textilindustrie **Böhmens** im Jahre 1844 Tausende von Arbeitern beschäftigungslos gemacht, so daß diese scharenweise sich an die Zerstörung der Maschinen, in denen sie ihren Feind erblickten — machten. **Blos** erzählt in seiner „Geschichte der deutschen Revolution“ von der Wirtschaftskrisis in den Jahren 1845—46, die ein ungeheures Proletariat ansammelten, „das theilweise ganz verwilderte, weil das Uebermaß von Elend keine menschlichen Zustände mehr bei ihm zuließ“.

Unter solchen Umständen wurde naturgemäß das Problem der Arbeitslosigkeit zu einer immer brennenderen Frage. Sie bedrohte den Bestand der bürgerlichen Gesellschaft, und im Interesse des Klassenstaates selbst sah man sich gezwungen, nach Mitteln zur Abhilfe zu fassen. Neben der Doktrin **Proudhon's**, die „Jedem das Produkt seiner Arbeit“ gewährleisten wollte, kommen zunächst „Selbsthilfe“ und „Sozialreform“ in Betracht, auf deren prinzipieller Grundlage sich eine Reihe von Versuchen und Vorschlägen zur Bekämpfung dieses Krebsübels bewegen. Wie weit damit diese in der That schwierige Frage ihrer Lösung näher gerückt wurde, das soll aufzuzeigen die Aufgabe eines folgenden Artikels sein.

Fr. L.

D h u m a c h t.

Th. Berlin, den 1. April 1902.

Es ist kein Aprilscherz, sondern bittere Wahrheit, wenn behauptet wird, daß die Regierungen mit jedem Regiment und jedem Kriegsschiff, um das sie ihre Rüstung vermehren, um so ohnmächtiger in sozialen Fragen werden. Wie ein Mensch, dem man überall schwere Gewichte an den Leib hängt, durch jede weitere Belastung immer mehr am frischen Vorwärtsschreiten

*) **Prof. Adler**: Handbriechbuch der Staatswissenschaften.

gehindert wird, so erdrücken der Militarismus und der Marinismus allgemach die Nützigkeit des Staates, auf dem Gebiete sozialer Reformen seine Thätigkeit zu entfalten.

Das ist leicht erklärlich; denn durch Militarismus und Marinismus geriet der Staat in eine größere Abhängigkeit und Schuldenrechtlichkeit vom Kapital. Da nun jeder soziale Fortschritt sich naturgemäß gegen das Kapital richten muß, beruht dieses seine Machtstellung und hindert die sozialen Maßnahmen, die etwa von der Regierung geplant sind. Und zwar ist das industrielle Kapital der Regierung ebenso überlegen wie das agrarische oder wie das Handels-Kapital. Schon längst muß sich die Regierung mit der Stellung eines Kommiss, eines Handlangers des Kapitals begnügen. Minister, die diesem nicht genehm sind, müssen von Lufanus eingefügt werden — ich erinnere nur an Marjhall, an Herrfurth, an Voetticher — und wiederum weiß das Kapital zu erwirken, daß ihm gefällige Leute auf die Ministerfessel gehoben werden. Nicht regiert die Regierung das Kapital, sondern das Kapital regiert die Regierung.

Nun gehört es zu den geschichtlichen Aufgaben der kapitalistischen Entwicklung, den Kleinbetrieb in Handel und Gewerbe aufzufangen. Man mag das bebauern, aber geändert wird dadurch an der Thatsache nichts, da die wirtschaftliche Entwicklung sich nicht nach unseren Gefühlen richtet, sondern nach den gegebenen Vorbedingungen und Verhältnissen. Zeigt sich nun schon in Personalfragen die Regierung abhängig vom allgewaltigen Kapital — gleichviel, ob sich dieses im Besitze krummer oder gerader Nasen befindet —, so tritt die völlige Ohnmacht der Regierung zu Tage, wenn sie durch die Gesetzgebung der weiteren kapitalistischen Entwicklung den Paß verrammeln möchte.

Das letzte Jahrzehnt hat zwei Gesetze auf diesem Gebiete gebracht, und obwohl keins von beiden auch nur ein halbes Duzend Jahre in Wirksamkeit ist, haben sie sich bereits als traurige Fehlgriffe erwiesen.

Das erste dieser Gesetze sollte den industriellen Kleinbetrieben helfen, also den Kleingewerbetreibenden, denen im Daseinskampfe mit der Großproduktion die Weine gestärkt werden sollten. Es wurde zu diesem Zwecke die Handwerkerordnung erlassen und der Innungsmumie frische Luft eingeblasen. Durch Zwangs- oder freie Innungen mit ziemlich weitgehenden Sonderrechten hoffte man das Handwerk „retten“ zu können und den konfussten Wünschen der Mittelstandsleute wurde bei Festlegung der gesetzlichen Bestimmungen Rechnung getragen. Endlich war's erreicht! Endlich war dem Handwerk der goldene Boden wieder gesichert! Mit dem Allheilmittel des Innungszopfes mußte es möglich sein, die weitere Aufsaugung und Zermürbung des Kleingewerbes durch die industriellen Großbetriebe zu verhindern!

Nichts war's damit! Keine drei Jahre sind seit Inkrafttreten der Zwangsinnungen verfloßen und eine nach der anderen hat sich bereits wieder auflösen müssen; die anderen können nicht leben und nicht sterben. Das Paradies der Innungsherrlichkeit, welches dem Kleingewerbe von den Jacobskötter & Co. vorgemalt worden war, hat sich als trügerische Lustspiegelung erwiesen. Nur dort, wo die Innungen dieselbe Methode nachahmten, die sie bekämpfen wollten, also dort, wo sie durch Affoziation ihrer Kräfte einen kümmerlichen Abklatsch der Großproduktion zu Wege brachten, haben sie ihr Leben nothdürftig fristen können. Die Regierung, der die um alle Hoffnung betrogenen Jüngler ihr Weh klagen, weiß keinen Rath mehr; sie steht ihre Ohnmacht ein.

Fast noch kläglicher vertrackt ist die Mittelstandsretterei auf dem Gebiete des Kleinhandels. Wie das Kleingewerbe vom industriellen Großbetrieb aufgesaugt wird, so der Kleinhandel vom großkapitalistischen Waarenhaus, einer Betriebsweise, deren Anfänge in Deutschland nicht viel über zehn Jahre zurückreichen, die sich aber in dieser kurzen Zeit so verbreitet hat, daß durch sie schon Tausende von Handels-Kleinbetrieben dem Pleitegeier überantwortet worden sind. Wenn irgendwo die absolute Ohnmacht der Regierung gegenüber der großkapitalistischen Entwicklung sich grell offenbart hat, dann auf dem Gebiete der Waarenhaussteuer. 1898 war es, als Konservative und Zentrum im preussischen Landtage von der Regierung Maßnahmen gegen die „großkapitalistischen Unternehmungen im Detailhandel“ forderten. Miquel erkannte die Einführung einer Waarenhaussteuer als berechtigt an. Begeistert rief der Junker v. Brodhhausen aus, nunmehr werde der gewerbliche Mittelstand, „das beste Bollwerk gegen die Sozialdemokratie“, neuen Lebensmuth fassen und der landwirtschaftliche und gewerbliche Mittelstand würden sich eng zusammenschließen unter Führung der Staatsregierung zum Schutze von Thron und Altar. Andere Konservative, die ja stets gern in Mittelstands-Freundlichkeit reisen, wenn's ihnen nichts kostet, sangen dasselbe Lied, und schon im Jahre 1900 war das Gesetz entworfen, durchberathen und erlassen. Jedes Geschäft, das den Charakter eines Waarenhauses trug und mehr als M. 400 000 Jahresumsatz erzielte, sollte zur Steuer herangezogen werden, die auf der unteren Stufe ein Prozent, von einer Million Umsatz an sogar zwei Prozent der Roheinnahme betrug. Die Steuer sollte den Gemeinden überlassen bleiben, die sie „vorzugsweise im Interesse der kleineren Gewerbetreibenden“ verwenden sollten.

Das Handelskapital zerriß den gesetzlichen Fallstrick mit Leichtigkeit. Es hat die zwei Prozent einfach auf die Lieferanten abgewälzt, die ihre Waaren zwei Prozent billiger als ausgemacht war, an die Waarenhäuser verkaufen mußten, wenn sie deren werthvolle Kundenschaft erhalten wollten. Und die Lieferanten wälzten natürlich die Steuer wieder auf die Arbeiter ab, so daß die Arbeiter in letzter Linie die Waarenhaussteuer bezahlen mußten und müssen. — Außerdem erwies sich der Handelsgroßbetrieb der Waarenhäuser als so komplizierte Maschine, daß im ersten Halbjahr nach Inkrafttreten des Gesetzes nicht weniger als 81 Ministerialverordnungen nöthig waren, um Klarheit über die Zugehörigkeit bestimmter Waaren zu den einzelnen Waarengattungen zu schaffen.

So vollständig ist das Fiasko der preussischen Waarenhaussteuer gewesen, daß selbst die sächsische Regierung, die doch gewiß gern jede reaktionäre Dummheit mitmacht, in einer Denkschrift vor den trügerischen Wünschen und Hoffnungen warnt, die vom Mittelstand an die Umsatzsteuer geknüpft werden. Die Denkschrift gelangt zu dem hochinteressanten Ergebnis: „Es mehren sich die Anzeichen, daß die preussische Waarenhaussteuer den kleineren Unternehmern Nachtheile bereitet.“

So ist die Regierung dem Kapital gegenüber allenthalben zur Ohnmacht verurtheilt. Der Entscheidungskampf wird darum auch nicht geführt werden zwischen Kapital und Regierung, sondern zwischen Kapital und dem organisierten, Klassenbewußten Proletariat, das dem kapitalistischen Narrheitsregiment überhaupt ein Ende bereiten wird.

Die sozialdemokratische Partei.

I.

In den vorangegangenen Artikeln haben wir Art, Bedeutung und Stellung der bürgerlichen Parteien dargelegt. Diese Parteien sind bürgerliche, nicht nur deshalb, weil sie auf dem Standpunkte der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung stehen, weil sie die Interessen der besitzenden Klassen, wenn auch in sehr verschiedener Art, vertreten, sondern auch deshalb, weil sie nur eine ganz verschwindende Zahl politisch bewußter Arbeiter, wenn auch viel sogenanntes „Stimmvieh“ aus der Arbeiterklasse, in ihren Reihen zählen. Am meisten kann das die Zentrumspartei noch von sich behaupten, während die übrigen Parteien fast gar keine bewußt denkenden Arbeiter in ihren Reihen zählen, denn selbst die Hirsch-Dunker'schen Gewerbetreuer geben zum großen Theile ihre Stimme nicht für die freisinnige Volkspartei ab, obgleich ja ihre Führer ausnahmslos dieser Partei angehören. Damit soll aber freilich nicht gesagt sein, daß die bürgerlichen Parteien nicht auf die Stimmen der Arbeiter bei den Wahlen angewiesen wären. Ja, diese Parteien könnten garnicht existiren, könnten Abgeordnete in das Parlament nicht entsenden, wenn nicht die große Masse der Arbeiter ihnen als indifferente Gefolgschaft zur Verfügung stände. Die ungeheure Masse der Arbeiterklasse ist zum Theil noch in der Stadt, fast ausnahmslos auf dem Lande im Gefolge bürgerlicher Politiker, auch solcher, die in der schärfsten Weise die politischen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse mit Füßen treten. Hunderttausende von Stimmen der Arbeiter werden im deutschen Reiche bei jeder Wahl abgegeben für Kandidaten, die keinen sehnlicheren Wunsch haben, als das allgemeine Wahlrecht abzuschaffen, als den besitzlosen Volksklassen jeden Einfluß zu nehmen auf die Zusammensetzung der Volksvertretung. Ebenso sind es Hunderttausende von Stimmen, die bei jeder Wahl abgegeben werden für Kandidaten, die das Vereinsrecht verschlechtern und das Koalitionsrecht abschaffen, die Arbeiterklasse wirtschaftlich unter die Gewalt des Unternehmertums beugen wollen.

Der aufgeklärte Arbeiter weiß aber, daß die bürgerlichen Parteien unmöglich neben den Interessen der besitzenden Klassen auch die der Arbeiterklasse vertreten können. Der aufgeklärte Arbeiter weiß, daß er seine Interessen nur gewahrt sehen kann in der Hand der sozialdemokratischen Partei. Deshalb hat diese Partei mit der steigenden Aufklärung der Arbeiterklasse über die wirtschaftliche Entwicklung und über deren Bedeutung für die Lohnarbeiterschaft ständig an Zahl zugenommen.

Die ganze soziale Geschichte Deutschlands lehrt es uns, von wem ungeheurem Einflusse das Auftreten und die Entwicklung der Sozialdemokratie für die Arbeiterklasse gewesen ist. Wir wollen nur hinweisen auf das Wort des Fürsten Bismarck, daß die Arbeiterversicherung und die ganze Arbeitergesetzgebung niemals zu Stande gekommen wären, wenn nicht die Sozialdemokratie als ein drängender Mahner hierzu gezwungen hätte. Nicht die Zentrumspartei, nicht die bürgerlichen Sozialpolitiker irgend welcher Richtung waren es, welche die Sozialgesetzgebung veranlaßt haben, sondern das ständige Wachstum der Sozialdemokratie, die ständige Angst der herrschenden Klassen über dieses Wachstum, welches die bisherigen Leistungen auf dem Gebiete der Sozialreform erzielt haben. Das Eingeständniß des größten Hassers der Sozialdemokratie, des Fürsten Bismarck, ist hier sicherlich von unzweifelhafter Beweisraft. Aber es wäre falsch, wollte man diesen Erfolg als die größte Leistung der Sozialdemokratie betrachten. Ganz im Gegentheil liegen dieselben auf voll-

ständig anderem Gebiet. Die Sozialdemokratie hat aus Jahrhunderte langem gleichgültigen Dahinleben die Arbeiterklasse aufgerüttelt, sie zum Erkennen ihrer wahren Interessen zum Verständniß des Entwicklungsganges unserer Volkswirtschaft, zum Klassenbewußtsein, zur geistigen und organisatorischen Unabhängigkeit von der Bourgeoisie gebracht, sie hat damit einen neuen Faktor in das ganze Getriebe des Weltgeschehens gestellt. Sie ist zum Ausdrücke geworden der politischen Anschauungen und des Strebens der Industriearbeiter und dann über diese hinaus der ganzen besitzlosen Volksklassen. Sie hat diesen Klassen ein Zukunftsideal geschaffen, nicht etwa in nebelhafter Ferne, nicht etwa der Phantasie irgend eines glänzenden Dichters oder Phantasten entsprossen, sondern folgernd aus der ganzen Richtung der wirtschaftlichen Entwicklung hat sich die Partei des arbeitenden Volkes ein Ziel gesetzt, das als naturgemäße Folge der vollen Entwicklung, des ganzen Auslebens der Wirtschaftskräfte innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise erzeugt werden wird.

Aber eine Partei politischer oder wirtschaftlicher Art, und die Sozialdemokratie ist eine Partei, die in gleicher Weise die wirtschaftlichen, die politischen und die geistigen Interessen der Arbeiterklasse vertritt, kann sich nicht bloß ein Ziel setzen, das in einer nicht zu nahen Zukunft liegt, sie muß jede Gelegenheit ausnützen, um in der Gegenwart die Interessen der Arbeiterklasse nach jeder Richtung zu vertreten, um alle diejenigen zu bekämpfen, welche sich den berechtigten Bestrebungen der Arbeiterklasse hemmend in den Weg zu stellen versuchen. Hieraus geht hervor, daß das Programm der Sozialdemokratie und ihre ganze Thätigkeit im Volke, in den parlamentarischen Körperschaften, in der Agitation, wie in der Literatur die gegenwärtigen Verhältnisse ebenso berückichtigen muß, wie das Streben nach einer zukünftigen, der Arbeiterklasse gerecht werdenden Gesellschaftsordnung. So ergibt sich der Doppelcharakter des sozialdemokratischen Parteiprogramms, der das Streben nach einer sozialistischen Gesellschaftsordnung ebenso Ausdruck giebt, wie das Programm Richtlinien schafft für das, was im Rahmen der heutigen Gesellschaftsordnung im Interesse der Arbeiterklasse zu erstreben und zu erkämpfen ist.

Das Programm, das heute für die deutsche Sozialdemokratie maßgebend ist, ist nach reiflicher Prüfung auf dem im Jahre 1891 abgehaltenen Parteitage zu Erfurt beschlossen worden. Das Programm führt aus, daß die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft den Untergang der Kleinbetriebe zur Folge haben muß, daß innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft der Arbeiter zu einem besitzlosen Proletariat werden muß, während andererseits die Produktionsmittel, d. h. Grund und Boden, Maschinen, Werkzeuge, Roh- und Hilfsstoffe, Gebäude, Bergwerke, Fabriken u. d. das Monopol, der ausschließliche Besitz einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden muß, in deren wirtschaftliche Abhängigkeit die besitzlosen Arbeitermassen gerathen müssen. Mit dieser Entwicklung geht gleichen Schritt das Entstehen kolossaler Großbetriebe, die Niederkonfurrirung aller anderen Betriebe, die sich immer mehr vertiefende Kluft zwischen der geringen Zahl von Besitzenden und den Millionen Besitzloser. Deshalb strebt die Sozialdemokratie an, die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Waarenproduktion in eine sozialistische für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion, um den Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischen Vervollkommnung zu machen. Das Erreichen dieses Zieles wird nicht bloß die Befreiung des Proletariats, sondern des gesammten Menschengeschlechtes bedeuten, das unter den heutigen Zuständen leidet. Diese gesellschaftliche Umwandlung kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessestreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen, und die Erhaltung der Grundlagen der Gesellschaft zum gemeinsamen Ziele haben.



Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Quittung der Hauptkasse.

In der Zeit vom 1. bis 3. März 1902 gingen folgende Beträge beim Unterzeichneten ein:
Aus Alkersleben M. 8,87, Berlin 1500, Bries 18,76, Dufleben 15,12, Charlottenburg 100, Darmstadt 28,24, Dömitz, Eintr. 16, Feuerbach 80, Frankenhäusen 10, Grabow 51,18, Grabdorf i. Meckn. 80, Grünberg b. Dornitz, Eintr. 4, Hamburg 1000, Golzhäusen b. Pyrmont, Eintr. 20,80, Kallberge

1,80, Kottbus, Eintr. 7,20, Lübeck 139,14, ... 16, für Lieber: Förste 1.

Streifonds.

Hierzu sandten: Busleben M. 9,60, Burgdorf M. 5,40, ... D. D.

Unsere Lohnbewegungen.

Beendigung der Aussperrung in Tschoe. Wie bereits berichtet, sind unsere Kameraden, weil sie sich weigerten, ... D. D.

Aufgehobene Platzsperrung in Wodejuch. Die Sperre über das Geschäft von Schulz ist, nachdem die Ursache beseitigt, aufgehoben.

Platzstreik in Hamburg. Die Firma S. F. Mahr hat Hafenbauten auszuführen, weigerte sich aber, den bisher für Wasserarbeiten üblichen Lohn zu zahlen.

Zur Lohnbewegung in Kiel. Nachdem der Baugewerksinnung 'Wahütte' das Resultat der Abstimmung, wonach für 1902 ein Stundenlohn von 80 % bei 9 1/2stündiger Arbeitszeit ... D. D.

An den Gesellenausschuß!

Zu den Schreiben vom 20. und 21. d. M.

In der Lohnfrage wiederholen wir nochmals unseren Vorschlag, betreffend 58 % Stundenlohn auf zwei Jahre.

Falls der eine oder der andere Vorschlag von Ihnen nicht angenommen wird, ist dies das letzte Wort der Innung in dieser Angelegenheit.

Um Ihnen Gelegenheit zu geben, Ihre Versammlungen abzuhalten, haben wir die Arbeiten bis Mittwoch Abend eingestellt.

Die in dem Schreiben angebrochte Aussperrung ist dann tatsächlich am Mittwoch, den 26. März, erfolgt.

Mit dem brutalen Vorgehen der Innung beschäftigte sich alsdann eine am 29. März stattgefundene Zimmererversammlung. In derselben wurde zunächst das rücksichtslose Vorgehen der Unternehmer scharf kritisiert.

1. Der Stundenlohn beträgt auf die Dauer von zwei Jahren 60 %.

Beide Anträge kamen zusammen zur Abstimmung und entschieden sich für den ersten Antrag 162 und für den letzten Antrag 228 Stimmen.

Fortgang der Lohnbewegung in Flensburg. Bereits in Nr. 7 brachten wir die Mitteilung, daß unsere Kameraden Forderungen gestellt, dergleichen auch, welche Stellung die Unternehmer zu diesen Forderungen eingenommen.

Lohnregulierung seitens der Arbeitgeber in Wernigerode. In einem Schreiben vom 6. Februar des Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe in Wernigerode an den Vorsitzenden unserer Zahlstelle war eine Regulierung der Lohnsätze angefordert.

unermartet am 1. März eingetreten, allerdings nicht in dem Maße, das unsere Kameraden voll befriedigt. Es ist eine Erhöhung des Stundenlohns von durchschnittlich 1-2 Pfennig zu verzeichnen.

Lohnreduzierung in Hof. Die im vorigen Jahre mit den Unternehmern getroffenen Vereinbarungen sind von recht kurzer Dauer gewesen. Einige Unternehmer haben bereits den Lohn um 1-2 % pro Stunde reduziert und andere werden diesem Beispiele folgen.

Forderungen in Crampas. Bereits im Januar beschlossen unsere Kameraden, einen Stundenlohn von 88 % zu fordern. Sie haben darauf ihre Forderungen bis auf 86 % reduziert, damit aber noch nicht erreicht, daß der Arbeitgeberband seine Zustimmung gegeben.

Forderungen in Warnemünde. Bereits in Nr. 7 machten wir die Mitteilung, daß unsere Kameraden beabsichtigten, gemeinsam mit den Maurern Lohnforderungen zu stellen. Das gemeinsame Vorgehen hat sich nun nicht als zweckmäßig erwiesen.

11. Auf allen Neubauten und größeren Umbauten die Errichtung von Daubuden und Aborten, die den sanitären Ansprüchen genügen.

Table with columns: Jahreszeit, Anfang, Herbst, Mittag, Herbst, Winterabend, Stundenlohn. Rows: 1. April bis 31. August, 1. Sept. bis 15. Sept., 16. Sept. bis 30. Sept., 1. Okt. bis 15. Okt., 16. Okt. bis 31. Okt., 1. Novbr. bis 15. Novbr., 16. Novbr. bis 31. Novbr., 1. Febr. bis 15. Febr., 16. Febr. bis 28. Febr., 1. März bis 15. März, 16. März bis 31. März.

Forderungen in Wannsee. In Anbetracht der guten Bauhätigkeit beschloßen unsere Kameraden, mit Forderungen auf Lohnerböhung und Arbeitszeitverkürzung an die Unternehmer heranzutreten.

Forderungen in Nauen. Unsere Kameraden fordern einen Stundenlohn von 45 %, für Junggesellen im ersten Gesellenjahre nicht unter 35 %; bei Arbeiten über Land sowie für Ueberstunden wird ein Zuschlag von 5 % gefordert.

den hohen Festen ist eine Stunde früher Feierabend, die Vesperpause fällt aber fort; der Tag ist jedoch voll zu bezahlen. Weitere Forderungen beziehen sich auf Bauarbeiterschutz.

Stellungnahme der Unternehmee zu den in Neppen gestellten Forderungen. Am 22. März hielten unsere Kameraden eine Versammlung ab, zu der auch die Meister eingeladen und auch erschienen waren, um über die Lohnfrage zu diskutieren.

Berichte aus den Zahlstellen.

Warmen. Am 11. März tagte unsere Mitgliederversammlung. Dieselbe war etwas besser als alle übrigen in der letzten Zeit stattgefundenen Versammlungen besucht.

12. Bei Ueberlandarbeiten soll das Gehen nach und das Kommen von der Arbeitsstelle von Warnemünde an mit zur Arbeitszeit gerechnet werden.

13. Die neuen Arbeitsbedingungen sind in Form eines Arbeitsvertrages zu vereinbaren und erhalten durch Anerkennung der beiderseitigen Organisationen Rechtsgültigkeit für alle Baugeschäftsinhaber unseres Ortes und die von ihnen im hiesigen Ortsbezirk beschäftigten Zimmerer.

Gestaltung der örtlichen Reservefondsbestände in den Zahlstellen des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandten Berufsgenossen im Jahre 1901.

Table with 16 columns: Position, Zahlstelle, Saldo vom Jahre 1900, Einnahme, Summa, Ausgabe, Bestände am Jahres-schluss, Summa. It lists financial data for 108 different locations, including Aachen, Adlershof, Ahrensburg, etc.

Table with columns for Postion, Zahlstelle, Saldo vom Jahre 1900, Einnahme, Summa, Ausgabe, Bestände am Jahres-schluss, Summa, Postion, Zahlstelle, Saldo vom Jahre 1900, Einnahme, Summa, Ausgabe, Bestände am Jahres-schluss, Summa. It lists various locations and their financial data.

Bemerkungen zu vorstehender Tabelle.

Die Zusammenstellung umfasst alle diejenigen örtlichen Reservebestände, über welche der Hauptkasse im Laufe des verfloffenen Rechnungsjahres (1901) Abrechnungen zugehen, d. h. durch Ausführung unserer hierzu vorgesehenen Rechnungsformulare Ausweis geliefert wurde.

Zahlstellen im Einzelnen ist immerhin beachtenswert; leider sind bei Weitem noch nicht alle Zahlstellen den statutarischen Verpflichtungen bezüglich der Gründung von Lokal- oder Reservebeständen nachgekommen.

Daß die in der vorstehenden Aufmachung registrierten Zahlstellen mit ihren Lokalfondsbeständen nicht zum geringsten Theile noch längst nicht ihre Pflicht in Bezug auf Schaffung und Unterhaltung eines entsprechenden Reservebestandes erfüllt haben, beweist die geringfügigkeit dieser Bestände.

Baugewerbliches.

Risiko des Bauarbeiters. In Kiel stürzte an einem Bau in der Goldingstraße ein Maurer ab und erlitt dabei schwere innere Verletzungen. Der Verunglückte mußte nach einer Heilanstalt gebracht werden.

In Bonn stürzte am 17. März an einem Neubau ein Bauarbeiter ab und zog sich hierbei einen Schulterbruch zu. In Ansbach stürzte am 18. März der beim Simonischen Strohmerksaufbau in der Carolinenstraße beschäftigte Zimmermann Bernhard vom Gerüst und zog sich an Kopf und Hüften schwere Verletzungen zu.

winnt, auf die Verankerung nicht den genügenden Werth gelegt. Ueblich ist, daß solche Aufsätze mindestens in der Tiefe eines Meteres mit vertikalen Bolzen und Platten in dem unteren Mauerwerk befestigt werden. Das obere Gefims war fertig gezogen und zur Verschönerung sollte zum Abschluß auf jeder Ecke eine gegossene Zementvase aufgestellt werden.

